



**Vorbereitete Rede von Mechthild Rawert
für die Plenardebatte zu TOP 31, Zusatzpunkt 9: „Gewerbemieten in Coronazeiten“
am 6.11.2020**

Sehr geehrte*r Herr/Frau (Vize-)Präsident*in,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörer*innen,

ich bin stolz der SPD-Bundestagsfraktion anzugehören, die ohne Wenn und Aber
- im Interesse der vielen Mieterinnen und Mieter für ein soziales Mietrecht, für
bezahlbaren Wohnraum für alle streitet.

Ich bin stolz der SPD-Bundestagsfraktion anzugehören, die ohne Wenn und Aber
- im Interesse der Gewerbemieterinnen und -mieter agiert, die sich engagiert gerade für
die Kleinst, Klein- und mittelgroßen Gewerbler*innen einsetzt und daher für mehr
Regulierung auch auf dem Gewerbemietenmarkt streitet.

Kurzum: Wir stehen für ein soziales Mietrecht auf dem Wohnungs- und dem
Gewerbemarkt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle öffentlich noch etwas Ungewöhnliches tun:

Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Mehrheit der Unionsfraktion, dass Sie ihr
Mitglied Jan-Marco Luczak hinsichtlich des Schutzes von Mieterinnen und Mietern vor
Verdrängung doch noch wieder eingefangen haben. Es war politisch schon extrem
ärgerlich, dass zwischen den Koalitionspartnern Vereinbartes – nämlich die
Einschränkung der Umwandlungsmöglichkeiten von Miet- in Eigentumswohnungen
kurz vor Toresschluss im Kabinettsentwurf gestrichen war – gut, dass Herr Seehofer
dieses im Kabinettsentwurf in dieser Woche doch wieder aufgenommen hat.

Mehr als politisch ärgerlich hinsichtlich unserer parlamentarischen Zusammenarbeit
ist aber der Tatbestand an sich, ist die Verdrängung von angestammten Mieterinnen
und Mieter mit kleinen oder mittlerem Einkommen aus den Städten, insbesondere den
Innenstädten.

Es ist eine Verhöhnung der vielen – gerade in Zeiten der Corona-Krise so hochgelobten
Systemrelevanten Berufsangehörigen, zumeist Frauen, und hier liegt das große Geld
NICHT in der Hosentasche - diesen einfach mal anzutragen – wie im Tagesspiegel vom
6.10. vom Kollegen Luczak getan -: Dann kauft doch eure Wohnungen

Das ist ein deutliches Zeichen für den Unwillen, sich mit der wirklichen sozialen
Situation der Mehrheit unserer Bevölkerung zu befassen.



Ich bin also sehr froh, dass die durch den Kollegen Luczak vertretenen einseitigen Lobbyinteressen gemäß der Devise „dann kauft eure Wohnungen doch“ bei der Mehrheit der Union parlamentarisch nicht durchgekommen ist.

Das Dach über dem Kopf für das Wohnen und / oder für das Arbeiten ist kein Konsumgut wie der Kauf eines Schokoladenriegels. Bezahlbarer Wohnraum, bezahlbare Gewerbeflächen ist Daseinsvorsorge und beides bedeutet zudem lebendige Innenstädte – das ist die Haltung der SPD, dafür kämpfen wir.

Wir müssen deshalb die soziale Funktion des Mietrechts stärken.

Und wir müssen die soziale Funktion des Mietrechts auch auf Gewerbetreibende übertragen.

Denn Gewerberäume müssen in den Innenstädten bleiben! Wir brauchen hier eine vernünftige Regulierung. Ich bin dafür, dass wir Regelungen schaffen, um bei Gewerben eine Begrenzung der zulässigen Miethöhe bei Mietbeginn zu ermöglichen und gegebenenfalls auch Mieten abzusenken.

Für die Übertragung des Sozialen aus dem Mietrecht auf das noch wenig regulierte Gewerbe kämpfen wir auch in meinem Wahlkreis, in Berlin -Tempelhof-Schöneberg.

Davon profitieren insbesondere die Gewerbetreibenden, die Start-Ups, die Einzelhändler, die Gastronomie, die Bars und Clubs.

Es profitieren aber auch die vielen soziale Einrichtungen wie Beratungseinrichtungen, Kindertagesstätten, Jugendclubs, Frauen- und LGBTIQ*-Projekte oder Einrichtungen der Behindertenhilfe. Diese dürfen wir nicht vergessen: Auch sie sind Akteure auf dem zunehmend teurer gewordenen Gewerbemieten-Markt – auch sie brauchen wir in den Innenstädten für ein lebendiges und solidarisches Zusammenleben.

Ich will diesen Verdrängungseffekt nicht, denn er wirkt sich negativ auf unser kulturelles und soziales Leben aus!

Lassen Sie uns gemeinsam gesellschaftliche Bündnisse für bezahlbare Gewerbemieten bilden, in denen wir Einrichtungen sozialer Träger, inhabergeführten Einzelhandel und die soziale und kulturelle Infrastruktur an einen Tisch bringen. Nur so können wir gemeinsame Lösungen finden.



Ich bin froh, dass wir den betroffenen Unternehmen eine außerordentliche Wirtschaftshilfe in Höhe von 75 Prozent des Vormonats-Umsatzes gewähren und alle weiteren Hilfsmaßnahmen verlängern.

Und ich bin überzeugt, wir müssen es ihnen in der derzeitigen Lage leichter machen, ihre Rechte auf Vertragsanpassung nach § 313 durchzusetzen. Hierzu brauchen wir eine gesetzliche Klarstellung. Denn es ist kein Grund ersichtlich, warum nur die Gewerbemieter*innen für die Einschränkungen aufkommen sollen, während die Gewerbevermieter*innen gar kein Risiko tragen. Zu einem sozialen Mietrecht gehört auch eine faire Risikoverteilung! Dafür kämpfen wir als SPD.